



Schwörtag 2007 Verpflichtung des Gemeinderates und des Oberbürgermeisters durch Stadtrat Jörg Zoller (FW)

Sehr geehrter Oberbürgermeister
Sehr geehrte Damen und Herren
Liebe Kollegen und Kolleginnen des Gemeinderates

War das heutige Schwerpunktthema meiner Vorredner vor einigen Jahren noch Randthema, so beherrscht die Diskussion um Energieeinsparung und Klimaschutz heute viele Blickfelder unseres täglichen Lebens. In vielen Bereichen werden Maßnahmen zur nachhaltigen Verbesserung diskutiert, so auch in Esslingen. Auch bei der diesjährigen Haushalts-Debatte hatte dieses Thema quer durch alle Fraktionen seinen Stellenwert. Es herrscht im Gemeinderat große Einigkeit das etwas getan werden muss!

Doch wie steht es mit Themen bei denen diese Einigkeit fehlt oder abhanden gekommen ist?

Hier gibt es das eine oder andere Mal Aussagen und Meinungen, die sich im Laufe der Zeit ändern oder wenig konkret sind.

Dies ist manchmal nicht nachvollziehbar, weder für die Mitglieder des Gemeinderates noch für die Bürger in deren Auftrag Gemeinderat und Verwaltung eigentlich aktiv sind.

Zu Beginn meiner noch jungen Aufgabe als Gemeinderat erhielt ich hierzu auf nachfrage bei einem erfahrenen Gemeinderat die Aussage „ des isch halt politik“ Ich denke gerade auf kommunaler Ebene sollte Fraktionsübergreifend für die Sache gearbeitet werden. Denn wir alle profitieren von einem lebenswerten Esslingen. Politik sollte nicht dort beginnen wo Logik aufhört!

Ein auch in Zukunft weiterhin lebenswertes Esslingen muß Ziel unseres Handelns sein.

Ich möchte daher heute für eine Politik und eine Zusammenarbeit im Gemeinderat werben die Ziele und Ergebnisse im Focus hat, welche uns zum Wohl der Stadt und ihrer Bürger leitet und eint.

So darf ich den Esslinger Gemeinderat und den Oberbürgermeister nun auf eine Politik in diesem Sinn verpflichten.

Ich bitte die Mitglieder des Gemeinderats sich hierfür zu erheben.

„ Wir geloben Treue der Verfassung, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung unserer Pflichten. Insbesondere geloben wir, die Rechte der Gemeinde gewissenhaft zu wahren und das ihrer Einwohnerinnen und Einwohner nach Kräften zu fördern“